Energieminister spricht bei Regionalem Planungsverband Landshut

7. September 2022

DINGOLFING Alle 18 Regionalen Planungsverbände in Bayern arbeiten mit Hochdruck an der Ausweisung neuer Flächen für Windenergie. Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger unterstützt die Akteure intensiv bei dieser wichtigen Aufgabe. In Dingolfing sprach der Staatsminister vor Vertreterinnen und Vertretern des Regionalen Planungsverbands Landshut.

Aiwanger: „So wie hier in der Region Landshut werden derzeit in allen 18 Regionalen Planungsverbänden die Windenergieflächen weiterentwickelt. Unsere Wirtschaft braucht mehr Windkraft. Wir begleiten die Planungen eng. Durch den gezielten Ausbau der Windkraft tragen wir dazu bei, die Unternehmen zuverlässiger mit erneuerbarem regionalem Strom zu versorgen und die massiven Preissprünge am Strommarkt in Folge des Ukrainekriegs einzudämmen."

Der Staatsminister appellierte an die Vertreterinnen und Vertreter des Planungsverbandes, insbesondere auch Flächen für die Errichtung von Windenergieanlagen im Umfeld von Gewerbe- und Industriegebieten zu prüfen. Für Unternehmen könne das angesichts der Energiekostenexplosion ein Wettbewerbsvorteil sein. Aiwanger: „Durch die von mir eingebrachte 10-H-Ausnahme für Windenergieanlagen bei Gewerbegebieten werden hier schon kurzfristig Flächenpotenziale aktiviert. Klug ausgewiesene Vorranggebiete werden zu einem Standortfaktor und begünstigen Ansiedlungen. Mehrere bayerische Industrieunternehmen haben mir in Gesprächen bereits signalisiert, dass die Errichtung von Windenergieanlagen im direkten Umfeld zum Betriebsstandort und zur Eigenversorgung ein hochinteressanter Ansatz ist, teilweise sogar in Verbindung mit einem Elektrolyseur, um grünen Wasserstoff zu erzeugen. Da geht es um viele, vor allem energieintensive Branchen wie Glas, Keramik und Chemie, aber auch die Automobilindustrie. Darüber hinaus bringt die ortsnahe Abnahme des Stroms Vorteile beim Thema Netzanbindung. Je mehr Strom dezentral erzeugt und verbraucht wird, umso weniger Investitionen in die Netzinfrastruktur sind nötig."

Einige Themen müssten aber mit dem Bund noch geklärt werden. Als Beispiel nannte der Staatsminister verteidigungsspezifische Restriktionen wie militärische Tiefflugstrecken und die militärisch genutzte Mindestführhöhe, die derzeit die Genehmigung zahlreiche Windenergieanlagen blockieren. Aiwanger: „Analog zu den Drehfunkfeuern müssen die zuständigen Bundesministerien für Wirtschaft und

für Verteidigung hier zügig nachsteuern und eine bessere Vereinbarkeit militärischer Belange mit dem Windenergieausbau gewährleisten.“ Ein wichtiges bayerisches Anliegen ist zudem die gleichzeitige Nutzung von Flächen für Windenergie und Photovoltaik. Auch hier müsse Berlin verbindlich zusagen, dass solche mehrfachgenutzten Flächen als Windenergiegebiete anerkannt werden, sagte Aiwanger.

Ansprechpartner:

Thomas Assenbrunner

Stv. Pressesprecher

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers

Inhalt Datenschutz Impressum Barrierefreiheit